



ASIEN/MALAYSIA - Sultan von Selangor verbietet Nichtmuslimen die Benutzung des Begriffs „Allah“: Christen protestieren

Shah Alam (Fidesdienst) – Sharafuddin Idris Shah, Sultan des malaysischen Staates Selangor, verbot Nichtmuslimen die Benutzung des Begriffs „Allah“. Es handle sich um ein „heiliges Wort, das ausschließlich von Muslimen benutzt werden darf“. Entsprechend der Verfassung des Landes regiert in Selangor, einer der 13 Staaten der malaysischen Föderation der Sultan. Im Staat Selangor leben Muslime (57,9%), Buddhisten (24,4%), Hindus (11,6%) und Christen (3,8%) sowie anderer kleine Religionsgemeinschaften (0,3%) zusammen. Mit dem Verbot wird eine Wunde offen gelegt, die bereits in der Vergangenheit die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen beeinträchtigen: im Zusammenhang mit der Benutzung des Begriffs „Allah“ war es bereits zu einem Rechtsstreit zwischen Kirche und Staat gekommen. Mit „Allah“ wird Gott auch in der Bibel in malaysischer Sprache bezeichnet. Dies war seit der ersten Ausgabe der „Alkitab“-Bibel (1612) so, „die veröffentlicht wurde lange bevor im Jahr 1963 der malaysische Staat gegründet wurde“, so Beobachter zum Fidesdienst. Obschon die Christen 2009 ein erstes Verfahren gewannen, bleibt die Frage noch offen, da die Anwälte der Regierung Berufung eingelegt haben.

Zu einer erneuten Debatte kam es, nachdem der Sekretär der Partei für Demokratische Aktion (DAP), Lim Guang Eng, die Regierung aufforderte, allen Bürgern die Benutzung des Begriffs „Allah“ zu erlauben. Dagegen ist die islamistische PAS-Partei, während das „Rakyat Pakatan“-Bündnis, die in vier Staaten regiert, den Aufruf begrüßt. In einer Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt betont der „Council of Churches of Malaysia (CCM), dass das Urteil des Jahres 2009 noch gültig sei, weshalb man weiterhin die Bibel benutzen werden, in der „Allah“ für Gott benutzt wird. Dabei beruft sich der Rat der protestantischen Kirchen auf die in der Verfassung verankerte Ausdrucksfreiheit. Der protestantische Pastor und Vorsitzende des „Malaysian Consultative Council of Buddhism, Christianity, Hinduism, Sikhism and Taoism“, Thomas Philips, verurteilt im Gespräch mit dem Fidesdienst, die Tatsache, „dass religiöse Fragen erneut zu politischen Zwecken mit Blick auf die Wahlen instrumentalisiert werden“. Diese Position werde von alle nichtmuslimischen Religionsführern vertreten. (PA) (Fidesdienst, 09/01/2013)